

Psychotherapeutische Ausbildung in Gefahr: Bundesregierung muss handeln!

Erfahren Sie in unserer aktuellen Pressemitteilung, warum die psychotherapeutische Versorgung in Deutschland gefährdet ist. Rund 300 Studierende und Psychotherapeut*innen demonstrieren für eine gesetzliche Regelung der Finanzierung der Weiterbildung. Dringender Handlungsbedarf für die Bundesregierung: Ohne qualifizierten Nachwuchs drohen Versorgungslücken!



Skandal in der Gesundheitspolitik: Psychotherapie-Ausbildung in der Krise!

Gestern brannte in Berlin das Demonstrationsfeuer: Rund 300 wütende Studierende, psychotherapeutische Nachwuchskräfte und Vertreter*innen wichtiger Kammern und Verbände marschierten auf die Straßen! Ihr Motto? „Psychotherapie Weiterbildung finanzieren – jetzt!“ Die Lage ist dramatisch: Die psychotherapeutische Versorgung in Deutschland steht auf der

Kippe, und die Bundesregierung schaut tatenlos zu!

Stehen wir vor einem Scherbenhaufen, nur weil die entscheidenden Politiker bei der Reform der Psychotherapie-Ausbildung 2019 geschlafen haben? Die Finanzierung der Weiterbildung ging offenbar einfach unter! Bis heute gibt es kein gesetzliches Regelwerk, das die notwendigen Weiterbildungsstellen in Praxen, Kliniken und Ambulanzen sicherstellt. Ein massiver Fehler, der fatale Folgen haben könnte!

Ein Wettlauf gegen die Zeit

Die Uhr tickt! Ab dem kommenden Jahr werden jährlich über 1.000 Absolvent*innen der neuen Approbationsstudiengänge auf der Suche nach einer Fachweiterbildung sein. Was heißt das? Hunderte von frisch geprüften Therapeut*innen könnten ohne weitere Ausbildung auf der Straße stehen, während über 2.000 Praxen bereit sind, die benötigten Plätze anzubieten! Doch ohne eine gesetzliche Regelung steht alles auf der Kippe – ein Armutszeugnis für die Gesundheitspolitik!

Experten warnen: „Wenn jetzt kein schnelles Handeln erfolgt, wird es bald keinen psychotherapeutischen Nachwuchs mehr geben. Und dann? Dann stehen die Menschen ohne Hilfe da!“ Dr. Johanna Thünker, Vorstandsmitglied der Sektion Psychologischer Psychotherapeut*innen (VPP) im BDP, ist alarmiert und fordert, dass die Bundesregierung endlich aktiv wird. Es muss noch in dieser Legislaturperiode eine Lösung gefunden werden – sonst drohen Versorgungslücken, die weitreichende Folgen haben können!

Angst um die Zukunft

Die Unsicherheit bei den angehenden Therapeut*innen ist greifbar. Madlen Matschey, eine Vertreterin des psychotherapeutischen Nachwuchses im VPP, bringt es auf den Punkt: „Die ersten Absolventen stehen vor der Tür, und die

Angst ist groß! Was, wenn sie keinen Platz für ihre Fachweiterbildung finden?“ Das ist mehr als verständlich – ohne die Möglichkeit zur Weiterbildung sind die Absolventen aufgeschmissen!

Der Petitionsausschuss des Deutschen Bundestags hat bereits eindringlich gefordert, sich dieses Problems anzunehmen. Die Bundespolitiker sind jetzt am Zug! Das Gesetz zur Stärkung der Gesundheitsversorgung (GVSG) wartet nur darauf, im Gesundheitsausschuss behandelt zu werden. Die Zeit drängt, und die Betroffenen verlangen entschlossen nach Lösungen!

Ansprechpartnerin für Presseanfragen:

Bettina Genée

Referentin Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Fon: +49176 58868222

Mail: presse@bdp-verband.de

Der **Berufsverband Deutscher Psychologinnen und Psychologen e.V. (BDP)** kämpft seit über 75 Jahren für die Rechte und Interessen der Psychologen in Deutschland. Mit über 11.000 Mitgliedern ist der BDP ein starker Partner in der Gesundheitslandschaft und eine zentrale Stimme für die Psychologie!

Details

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de